

EntschlieÙung  
der Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland  
vom 14. August 2026

**Landtagswahlen sind Wegweiser für die Informationsfreiheit!**

Anlässlich der anstehenden Landtagswahlen appelliert die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland (IFK) an die politischen Parteien, ein klares Bekenntnis zu Transparenz und Informationsfreiheit abzugeben. Aufgabe der aus den Wahlen entstehenden Parlamente sollte es sein, die Informationsfreiheitsgesetze als elementaren Bestandteil des demokratischen Rechtsstaats zu erhalten und weiterzuentwickeln – zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie der demokratischen Institutionen selbst.

Informationsfreiheit hat sich in vielen Ländern zu einem selbstverständlichen Bestandteil demokratischer Teilhabe entwickelt. Nicht zuletzt die intensive öffentliche Debatte über beabsichtigte Einschränkungen des Informationsfreiheitsrechts verdeutlicht, welchen Stellenwert Transparenz heute in der Gesellschaft besitzt. Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass amtliche Informationen grundsätzlich zugänglich sind und staatliches Handeln dadurch nachvollziehbar wird – und das zu Recht.

Transparenz stärkt das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Legitimation politischer Entscheidungen. Staatliche Offenheit wirkt unbegründetem Misstrauen entgegen, erleichtert die sachliche Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungen, fördert deren Akzeptanz und macht unsere Demokratie damit widerstandsfähiger gegenüber Desinformation, Verschwörungserzählungen und populistischen Vereinfachungen von innen und außen.

Informationsfreiheit stärkt nicht nur die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, sondern liegt ebenso im Interesse der demokratischen Parteien, Parlamente und Regierungen. Wer heute Informationsrechte einschränkt, schwächt damit zugleich die Kontrollmöglichkeiten von morgen.